Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

Monika Egger

Electronic version

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/179>

DOI: 10.4000/sjep.179

ISSN: 1663-9677

Publisher

Institut de hautes études internationales et du développement

Printed version

Date of publication: 1 avril 2005

Number of pages: 37-45

ISBN: 2-88247-058-4

ISSN: 1660-5926

Electronic reference

Monika Egger, « Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 24-1 | 2005, Online erschienen am: 19 April 2010, abgerufen am 08 September 2020. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/179> ; DOI : <https://doi.org/10.4000/sjep.179>

3. Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS*

DIE BILATERALE ZUSAMMENARBEIT der Schweiz mit Osteuropa und der GUS belief sich in den letzten Jahren auf jährlich rund 200 Millionen Franken, aufgeteilt in etwa zu gleichen Teilen auf die technische Zusammenarbeit der DEZA und die finanzielle Zusammenarbeit des seco. Die Aufwendungen betrugen 2003 insgesamt 198,5 Millionen Franken. Finanzielle Basis ist bis Ende 2004 der dritte Rahmenkredit von 1,4 Milliarden Franken (1999-2004), dessen Mittel bis Ende 2004 vollumfänglich verpflichtet sind, weshalb der Bundesrat dem Parlament einen vierten Rahmenkredit von 800 Millionen Franken für die Finanzierung der Aktivitäten 2005-2008 beantragte. Das Parlament entschied sich jedoch unter dem Eindruck der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) und der bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU für eine Übergangslösung: Es bewilligte 400 Millionen Franken für weitere zwei Jahre in Form einer Verlängerung des bisherigen dritten Rahmenkredits. Diese Entscheidung des Parlaments stand besonders auch unter dem Zeichen des Engagements der Schweiz, sich grundsätzlich an den EU-Kohäsionszahlungen zu beteiligen. Die Form des schweizerischen Beitrags ist noch offen.

Parallel zur Botschaft für einen neuen Rahmenkredit unterbreitete die Regierung dem Parlament auch die Botschaft für ein neues Bundesgesetz, das die Ostzusammenarbeit regeln soll. Das Parlament hat die Beratung der Vorlage ausgesetzt; diese soll im Zusammenhang mit dem vierten Rahmenkredit 2006 geführt werden. Der aktuell geltende Bundesbeschluss ist noch bis Ende Februar 2008 gültig und deckt die beschlossene Aufstockung des dritten Rahmenkredits vorerst noch ab.

Im Mai 2004 traten acht der insgesamt 27 Länder Osteuropas der EU bei (EU-Osterweiterung); sie werden u.a. aus dem Kohäsionsfonds der EU unterstützt. Der Bundesrat hat im Mai die Bereitschaft der Schweiz erklärt, sich mit 1 Milliarde Franken an der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion in der erweiterten EU zu beteiligen. Die EU-Osterweiterung und der Abschluss der bilateralen Verträge II zwischen der Schweiz und der EU sowie der Zusammenhang mit der Ostzusammenarbeit prägten die Parlamentsdebatte über die Weiterführung der Osthilfe und lösten auch eine kontroverse Diskussion unter Fachleuten der Zusammenarbeit aus.

3.1. EU-Osterweiterung

Im Mai 2004 vollzog die EU ihre sog. „Osterweiterung“ mit den Beitritten von Estland, Lettland, Litauen, Slowenien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Polen, Ungarn, Malta und Zypern. Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung waren im Berichtsjahr auch in der Schweiz ein wichtiges Thema, weil dadurch die 2002 in Kraft getretenen bilateralen Verträge I auch auf die neuen EU-Mitglieder ausgedehnt werden. Dabei gab vor allem die Personenfreizügigkeit viel zu reden.

* Von Monika Egger, Ökonomin/Konsulentin im Bereich Wirtschaft und Entwicklung.

Die EU-Osterweiterung hat aber auch eine wichtige entwicklungspolitische Dimension: Die neuen EU-Mitglieder Osteuropas werden in der Entwicklungszusammenarbeit von Partner- zu Geberländern und verpflichten sich zu den entwicklungspolitischen Zielen der EU¹. Dieser Rollenwandel erfolgt schrittweise; nicht alle Länder verfügen über die notwendigen Ressourcen und haben zurzeit voll funktionierende Entwicklungsagenturen. In der Übergangsphase erhalten diese neuen EU-Länder zudem noch spezielle finanzielle Unterstützung zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Kohäsion aus den sog. Struktur- und Kohäsionsfonds. Auch die Schweiz hat sich zu einem autonomen Beitrag von insgesamt 1 Milliarde Franken im Rahmen der europäischen Kohäsionsleistungen bereit erklärt. Vorgesehen sind jeweils jährliche Verpflichtungen von rund 200 Millionen Franken in den nächsten fünf Jahren (Bundesratsentscheid vom 12. Mai 2004). Die Finanzierung der Beiträge muss gemäss Bundesrat durch EDA und EVD kompensiert werden. Durch diesen Entscheid am meisten betroffen würden DEZA und seco, welche gemeinsam die Ostzusammenarbeit umsetzen. Die Kompensation dieser Beiträge an die Kohäsion in den Budgets der Ost- und Südzusammenarbeit löste bei den betroffenen Ämtern und in der Öffentlichkeit Kritik aus (siehe Punkt 3.2.2.).

3.2. Antrag an das Parlament für einen vierten Rahmenkredit und ein neues Bundesgesetz

Bis Ende 2004 waren drei Programmkredite in Höhe von insgesamt 3'050 Millionen Franken verpflichtet.

Jahrbuch 2004, Nr. 1, Kap. 3, Tabelle 14, S. 44.

Zur Fortführung der Ostzusammenarbeit beantragte der Bundesrat dem Parlament, einen vierten Programmkredit von 800 Millionen Franken für den Zeitraum 2005-2008 zu bewilligen; dieser schliesst auch Kreditgarantien ein. Der Bundesrat beriet die Vorlage am 31. März 2004 und beschloss, die Höhe des Antrages an das Parlament (800 Millionen Franken für die weiteren vier Jahre) beim bisherigen Volumen der Ostzusammenarbeit zu belassen. Dieser Entscheid, die Ostzusammenarbeit nicht zu erhöhen, ist im Lichte der bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der EU und dem Engagement der Schweiz, sich an den Kohäsionsleistungen zu beteiligen, zu sehen.

Ein allfälliger finanzieller Zusammenhang zwischen der traditionellen Ostzusammenarbeit und neuen Kohäsionsbeiträgen zu Gunsten der erweiterten EU führte in den Medien zu Spekulationen. Der Bundesrat hat beim Abschluss der Bilateralen II gegenüber der EU durchgesetzt, autonom und bilateral über die Kohäsionsleistungen zu entscheiden². In seinen Verhandlungen mit der EU stellte sich der Bundesrat auf den Standpunkt, die bisher von der Schweiz an die Länder Osteuropas geleistete Zusammenarbeit von insgesamt über 3 Milliarden Franken sei angemessen anzurechnen³. Dieses Anliegen wurde in der Folge nicht mehr angeführt.

¹ DEZA ep@brief 01/04, 3.5.04, *Entwicklungspolitische Folgen der EU-Osterweiterung*.

² 04.020 Zusammenarbeit Osteuropa/GUS, Rede der Kommissionssprecherin Außenpolitische Kommission Vreni Müller-Hemmi (4.10.2004).

³ Der Bund vom 2.4.2004, *Terrain für Deal mit der EU geebnet*.

Parallel zur Botschaft für den vierten Programmkredit unterbreitete der Bundesrat die Botschaft zur zeitlichen Verlängerung der bestehenden Rechtsgrundlage für die Osthilfe: Der Bundesbeschluss von 1995 soll den aktuellen Umständen angepasst und in ein Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas überführt werden.

DEZA und seco haben 2003 eine unabhängige Evaluation der zwölf Jahre Ostzusammenarbeit erstellen lassen, welche dem geleisteten schweizerischen Engagement grundsätzlich gute Noten erteilte.

Jahrbuch 2004, Nr. 1, Kap. 3.3., S. 49-51.

3.2.1. Botschaft zum vierten Rahmenkredit

Die Botschaft⁴ analysiert die Herausforderungen und das Umfeld der Transition. Sie stützt ihre Argumentation im Wesentlichen auf die Erkenntnisse aus der oben erwähnten umfangreichen Analyse und Evaluation der Zusammenarbeit der letzten zehn Jahre⁵. Der Systemwechsel wurde in allen Ländern von einem wirtschaftlichen Einbruch begleitet, von dem sich die baltischen Staaten und Mitteleuropa relativ gut erholt haben. In den Ländern Südosteuropas und der GUS dauert die Transitionsrezession jedoch an und weite Bevölkerungsschichten sind verarmt. In zehn von 27 osteuropäischen Ländern leben mehr als 40 Prozent der Menschen in Armut, und dies in einem Umfeld von kollabierten Gesundheitsdiensten und Sozialwerken. Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit führen zu hohen Auswanderungsraten. Der Bundesrat hält in seiner Botschaft fest, dass viele Partnerländer in einer fragilen gesellschaftlichen Lage sind, und dass es noch viel Engagement und Zeit braucht bis zur nachhaltigen Reform für bürgernahe und verlässliche Institutionen, zur Schaffung funktionierender Märkte und einer auf allen Ebenen aktiven Zivilgesellschaft. „Die Transition gilt als abgeschlossen, wenn die politischen und wirtschaftlichen Institutionen gefestigt sind und der Bevölkerung ein freies, menschenwürdiges Dasein ermöglichen“⁶.

Strategische Orientierung

Die strategische Orientierung und die thematische Schwerpunktsetzung der Ostzusammenarbeit basieren im Wesentlichen auf zwei Elementen: a) die Osthilfe geht in erster Linie von den Bedürfnissen und Prioritäten der Transitionsländer aus, und b) sie berücksichtigt bei der Auswahl der Projekte die komparativen Stärken der Schweiz. Demnach sind die inhaltlichen Schwerpunkte für die nächsten vier Jahre folgende:

- Sicherheit, Stabilisierung und Gouvernanz, Demokratisierung;
- Strukturelle Reformen, wirtschaftliches Wachstum und Einkommensförderung;
- Infrastrukturen und natürliche Ressourcen;
- Sozialreform und neue Armut.

⁴ Zusammenarbeit mit Osteuropa, Botschaft über die Weiterführung der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS, Rahmenkredit IV, 2005-2008, Bern, 31. März 2004, und deren Kurzfassung, Bern, April 2004.

⁵ Besprochen im Jahrbuch 2004, Nr. 1, S. 49-51. Siehe auch NZZ vom 26. Mai 2004: „Die Dauerhaftigkeit der ‚Übergangshilfe‘ – Kritische Zwischenbilanz der Ostzusammenarbeit“.

⁶ Kurzfassung der Botschaft, S. 4.

Als Hauptziel definiert die Botschaft, die Partnerländer weiterhin auf ihrem Weg der Transition zu demokratischen, pluralistischen Systemen zu unterstützen und eine an marktwirtschaftlichen, sozialen und umweltschonenden Prinzipien orientierte wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

Die bis anhin eingesetzten Instrumente der technischen Zusammenarbeit (DEZA) und der finanziellen Zusammenarbeit (seco) haben sich bewährt und werden fortgeführt, wie der Bundesrat in der Botschaft darlegt.

□ *Geografische Ausrichtung*

Aus Gründen der Effizienz und Wirksamkeit konzentriert die Schweiz ihre Ostzusammenarbeit auf Südosteuropa (rund 70 %) und auf ausgewählte Länder der GUS (rund 30 %), was in etwa der bisherigen geografischen Ausrichtung entspricht. Diese Fokussierung rechtfertigt sich durch den grossen Reformrückstand dieser Partnerländer und entspricht auch den spezifischen aussenpolitischen Interessen der Schweiz:

Südosteuropa

Mittelfristprogramme orientieren die Zusammenarbeit mit Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro sowie der Provinz Kosovo, Mazedonien, Albanien. Zentrale Herausforderung im Westbalkan bleibt dessen Stabilisierung durch den Aufbau bürgernaher staatlicher Institutionen, wirtschaftliche Entwicklung sowie Integration und Respektierung der Minderheiten. Die Schweiz engagiert sich auch in Zukunft im „Stabilitätspakt für Südosteuropa“.

Rumänien und Bulgarien sind Kandidaten für einen EU-Beitritt 2007; die Schweiz unterstützt den Beitrittsprozess durch Massnahmen in den Bereichen Reform der Justiz, Bekämpfung der Korruption, Verminderung der – vor allem ländlichen – Armut, Förderung des Handels und Verbesserung der Infrastruktur.

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

In den grossen und bevölkerungsreichen Ländern Russland und Ukraine konzentriert die Schweiz ihr Engagement auch weiterhin auf Nischen (beispielsweise Strafvollzug, Forstwesen, Gouvernanz). Im Südkaukasus und in Zentralasien verfolgt die Schweiz auch in Zukunft einen regionalen Ansatz mit den Schwerpunkten Gouvernanz, Konfliktprävention, wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Infrastruktur und Gesundheitswesen

□ *Multilaterale Einbindung*

Die Schweiz unterstützt die Koordination der Geberstaaten und arbeitet aktiv in multilateralen Programmen mit. Wichtigste Partner sind die Weltbankgruppe, die EBRD und andere bilaterale Geber.

3.2.2. Parlamentsdebatte

□ *Rahmenkredit*

Der Bundesrat beantragte dem Parlament in seiner Botschaft 800 Millionen Franken; davon ist ein Teil auch für Kreditgarantien bestimmt. Der Ständerat behandelte die Vorlage als Erstrat und beschloss am 17. Juni 2004 eine vom Bundesrat abweichende Variante: 400 Millionen Franken für die Osthilfe für die

nächsten zwei Jahre (2005 und 2006). Diesem Entscheid schloss sich der Nationalrat am 4. Oktober 2004 mit 121 zu 29 Stimmen an. Damit wird der dritte Rahmenkredit um zusätzliche 400 Millionen Franken aufgestockt und um weitere zwei Jahre (bis Ende 2006) verlängert.

Bis zum Ablauf dieser Frist soll der Bundesrat den Umfang und die Modalitäten der Zahlungen der Kohäsionsleistungen (Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion) an die erweiterte EU und auch deren Bezug zur schweizerischen Ostzusammenarbeit klären. Deren Weiterführung war grundsätzlich nicht umstritten. Als Argumente wurden vielmehr angeführt: die Unsicherheit und die ungenügende Vorstellung über die konkrete Ausgestaltung des Kohäsionsfonds einerseits, über die Auswirkungen der Unterzeichnung der bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der EU andererseits, sowie Sinn und Notwendigkeit, die Leistungen der Ostzusammenarbeit und die Leistungen des Kohäsionsfonds miteinander zu verknüpfen. Es müsse in diesem Zusammenhang geklärt werden, ob die Schweiz diese beiden Leistungen aus einem Gesamtkredit oder anhand separater Instrumente finanzieren sollte, und wer dafür zuständig und verantwortlich sei.

Debatte um EU-Kohäsionsbeitragszahlungen und die Osthilfe

Die Diskussion um die Finanzierung des EU-Kohäsionsfonds aus Mitteln der Osthilfe löste bei den betroffenen Departementen EDA und EVD sowie bei Fachleuten eine lebhafte Debatte aus⁷. Im Zentrum stand die Frage der finanziellen Kompensation beziehungsweise die Auswirkungen auf die Ostzusammenarbeit und die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Südens, die Ausgestaltung der Programme und Projekte, der durch die bessere wirtschaftliche und soziale Kohäsion anfallende Nutzen auch für die Schweiz und die Beteiligung der Privatwirtschaft an der Finanzierung des Kohäsionsbeitrags.

Die privaten Hilfswerke bedauerten, dass Regierung und Parlament auf die Erhöhung und Stärkung der Osthilfe verzichteten. Sie sprachen sich gegen eine Verquickung der Osthilfe mit dem EU-Kohäsionsfonds aus; die EU-Osterweiterung dürfe nicht zu Lasten armutsbetroffener Menschen im Osten finanziert werden.

☐ *Neues Bundesgesetz*

Der Entwurf des neuen Bundesgesetzes definiert die Grundsätze und Formen der Ostzusammenarbeit und regelt deren Finanzierung. Es ermächtigt den Bundesrat, die inhaltlichen Prioritäten zu setzen und Verträge abzuschliessen.

Das Parlament ist auf die Vorlage eingetreten, hat aber die Behandlung der Vorlage ausgesetzt. Der aktuell geltende Bundesbeschluss ist noch bis Ende Februar 2008 gültig und deckt die beschlossene Aufstockung des dritten Rahmenkredits noch ab. Die Beratungen zum neuen Bundesgesetz sollen im Zusammenhang mit dem vierten Rahmenkredit 2006 wieder aufgenommen werden.

⁷ 23.7.2004 : Rolf Wilhelm, *EU-Kohäsion auch eine Sache der Wirtschaft – Ein Vorschlag zur Finanzierung der Beiträge der Schweiz*.

16.9.2004 : Rolf Kappel und Dieter Zürcher, *Erfolge in Empfängerländern rechtfertigen externe Hilfe*; Peter Niggli, *Entwicklungshilfe ist wirksamer, als man glaubt*; Oliver Lüthi, *Ökonomischer Eigennutz oder humanitäre Tradition ?*; Hans Ulrich Reusser, *Wenn Mittel in falsche Hände geraten*.

3.3. Thematische Schwerpunkte

3.3.1. Wasser

Die Schweiz engagiert sich im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit traditionell stark im Bereich Wasser, dies auch in der Ostzusammenarbeit. Aus Anlass des Internationalen Jahres des Wassers 2003 entfaltete sie einige besondere Aktivitäten in diesem Bereich. So unterstützte die Schweiz die im Mai 2003 von der 5. Paneuropäischen Ministerkonferenz verabschiedete Strategie zur Zusammenarbeit im Umweltbereich zwischen den zwölf GUS-Staaten. Die Schweiz arbeitet im Rahmen der EU-Partnerschaft „Wasser für nachhaltige Entwicklung“ am Projekt mit und informierte in einer Broschüre über ihre Aktivitäten für die Förderung einer nachhaltigen und gerechten Wasserbewirtschaftung in Osteuropa⁸. Dieses Engagement wurde auch 2004 fortgesetzt.

□ Schwerpunkt Wasser in Zentralasien

Bereits 2002 hatten DEZA und seco parallel zum Mittelfristprogramm für die Region eine Wasserstrategie für die Zusammenarbeit mit den Ländern Zentralasiens⁹ ausgearbeitet, die auf das integrierte Management der Wassernutzung aufbaut. Die Wasserverteilung ist eine der wichtigsten Konfliktursachen im Grenzland von Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan, das als Wasserlieferant eine Schlüsselrolle spielt. Im Rahmen eines internationalen Projekts, an dem sich auch die Schweiz beteiligte, wurde 2003 in der Hauptstadt Duschanbe „das Haus des Wassers“ geführt; es diente als Plattform für eine breit vernetzte Auseinandersetzung mit dem Thema Wasser und eine ganzheitliche Herangehensweise an dieses Thema.

Parallel zum Wasserprogramm initiierte die DEZA ein Pilotprojekt zur Gewaltprävention, das ebenfalls bei der Verteilung des Wassers ansetzt. Das seco engagiert sich vor allem im Wasser-Infrastrukturbereich. Der Fokus auf den Wassersektor soll beibehalten werden; die Strategie wird laufend den Erfahrungen und Veränderungen angepasst.

3.3.2. Stabilität im Balkan

Seit dem Jahr 2000 ist die Schweiz Mitglied des Stabilitätspaktes für Südosteuropa und arbeitet im Rahmen ausgewählter „Arbeitstische“ aktiv mit. Im „Arbeitstisch wirtschaftlicher Wiederaufbau“ ist vor allem das seco mit Massnahmen im Infrastrukturbereich, namentlich im Energiesektor, und in der Handelsförderung engagiert. Die DEZA ist stark engagiert im „Arbeitstisch Demokratisierung und Menschenrechte“ mit Massnahmen auf Lokalebene (lokale Gouvernanz) und im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, des sozialen Zusammenhalts und der Migration.

Die Schweiz unterstützt das im Rahmen des Europarates initiierte „*Network of National Associations of Local Authorities in South-Eastern Europe*“, das Netzwerk nationaler Verbände von Lokalbehörden in Südosteuropa (NALAS), dem rund 14'000 Gemeinden angeschlossen sind, und das sich zu einem Kompetenz-

⁸ Umwelt für Europa – Wasser im Fokus, BUWAL, DEZA, seco, 2003.

⁹ Swiss Water Strategy for Central Asia 2002-2006, DEZA, seco, 2002.

zentrum für Gesetzgebung, Steuerwesen und dezentraler grenzüberschreitender Zusammenarbeit entwickelt und ebenfalls einen wichtigen Beitrag an die Sicherheit und Stabilität im Balkan leistet.

3.3.3. Jahreskonferenz „Fokus Osteuropa“

Thema des 9. Fokus Osteuropa (Jahreskonferenz) am 2. November 2004 in Zürich war die politische Transition in Südosteuropa mit Gästen aus Bulgarien, Albanien und Mazedonien; auf diese drei Länder entfallen rund ein Siebtel der Mittel der gesamten Jahresaufwendungen für die Ostzusammenarbeit. „Staat für die Bürger oder Bürger für den Staat?“ lautete das Motto der Tagung. Spezialgast war der Sonderkoordinator der EU für den Stabilitätspakt, Erhard Busek, welcher die Qualität des Engagements der Schweiz im Rahmen des Paktes unterstrich als geprägt durch besonders flexibles, rasches und unkonventionelles Handeln in sensiblen Sektoren, eine Qualität, welche die Schweiz gerade als nicht in die EU eingebundenes Land erbringen könne.

3.4. Aufwendungen 2003

Die Programme der Ostzusammenarbeit werden von DEZA und seco gemeinsam definiert und in gemeinsam getragenen Vertretungsbüros koordiniert (Kobüs); die DEZA ist für die Gesamtkoordination zuständig. Gemeinsame Kooperationsbüros in 13 osteuropäischen Ländern setzen die Projekte und Programme mit lokalen Partnern um.

Die technische Zusammenarbeit der DEZA umfasst Massnahmen in den Bereichen Demokratisierung, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft: Entwicklung staatlicher Strukturen, Dezentralisierung, Unterstützung von KMU, Reformen im Gesundheits- und Bildungsbereich, nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen.

Die finanzielle Zusammenarbeit des seco hat ihr Schwergewicht in den Bereichen Basisinfrastruktur, Finanzsektor, Entwicklung des Privatsektors sowie Förderung von Investitionen und Handel.

Gemäss der Botschaft über die Weiterführung der Ostzusammenarbeit vom 31. März 2004 konzentriert sich die Unterstützung auf sieben Schwerpunktländer sowie auf zwei Regionalprogramme (Zentralasien und Südkaukasus) und zwei Spezialprogramme (Kosovo, Russland). Geprüft wird ein weiteres Spezialprogramm in der Republik Moldau.

Hinzu kommen Aufwendungen in einigen Oststaaten im Rahmen der humanitären Hilfe des Bundes.

Jahrbuch 2005, Nr. 1, Kap. 4, Humanitäre Hilfe.

Tabelle 8: Bilaterale Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS, Aufwendungen 2003 nach Sektoren und Regionen (in Millionen Franken)

	Mitteuropa	Südosteuropa	GUS	Nicht zuweisbar	Total
DEZA					
Politik und Staatsaufbau	0.0	8.0	4.1	0.0	12.1
Wirtschaft/Bildung	0.0	8.8	2.9	0.1	11.8
Wissenschaft/Kultur	0.0	12.1	2.8	1.4	16.4
Landwirtschaft	0.0	3.1	3.5	–	6.6
Gesundheit/Soziales	0.0	11.7	4.4	–	16.1
Energie/Umwelt	0.0	5.5	9.7	0.4	15.6
Andere Sektoren	0.0	10.9	8.7	4.0	23.6
Total DEZA 2003	0.1	60.1	36.0	5.9	102.2
seco					
Energie	1.2	13.8	7.5	0.1	22.7
Umwelt	–	5.0	0.9	0.2	6.1
Infrastruktur	–	14.9	3.7	0.4	19.0
Finanzsektor	–	2.2	5.3	3.2	10.7
Handel	–	1.0	1.9	5.8	8.7
Investitionsförderung	–	3.2	10.6	1.7	15.4
Andere Sektoren	–	3.7	4.4	5.5	13.6
Total seco 2003	1.2	43.8	34.3	16.9	96.3
Total DEZA/seco 2003	1.3	103.9	70.4	22.8	198.5
<i>Total DEZA/seco 2002</i>	<i>0.3</i>	<i>99.2</i>	<i>74.0</i>	<i>19.5</i>	<i>193.1</i>

Quelle: Jahresbericht der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2003, DEZA/seco, Tabelle 10.

**Tabelle 9 : DEZA (OZA) – seco: Auszahlungen für die Ostzusammenarbeit,
pro Land und pro Jahr, 1995-2003 (in Millionen Franken)**

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Albanien	13.3	14.9	5.7	3.2	10.9	10.0	8.4	13.8	13.6
Armenien	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.0	2.5	1.6
Aserbaidshan	0.0	0.0	0.0	0.9	0.1	0.7	1.1	8.3	3.4
Belarus	0.4	6.0	1.3	0.3	0.2	0.0	0.4	0.0	0.0
Bosnien-Herzegowina	6.5	18.4	4.9	11.4	20.9	14.1	14.7	19.3	12.7
Bulgarien	8.6	3.8	11.2	7.5	16.3	12.4	18.9	8.4	12.7
Kroatien	0.0	0.0	0.0	0.1	0.5	1.3	1.4	0.8	0.6
Estland	3.2	0.0	5.1	4.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Georgien	0.0	0.9	1.2	0.3	0.7	1.0	1.4	2.5	3.1
Ungarn	8.5	6.1	2.9	13.9	0.0	7.8	7.7	0.0	0.0
Kasachstan	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2	0.0	0.1	0.3
Kirgisische Rep.	9.4	3.4	12.3	7.2	8.2	9.9	7.9	21.3	11.0
Kosovo ^a	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.8	4.5	7.6	13.8
Lettland	4.6	0.5	3.0	4.8	4.0	1.5	1.0	0.1	0.0
Litauen	1.6	0.4	3.6	2.1	0.0	0.0	0.1	0.1	0.5
Mazedonien	4.1	3.6	5.9	2.8	5.8	15.6	9.0	8.8	6.0
Moldau	0.0	2.5	0.1	1.4	1.3	1.1	0.2	0.3	0.2
Usbekistan	0.0	0.0	0.0	0.0	1.0	1.2	2.0	4.5	7.6
Polen	8.7	16.3	2.8	1.5	0.2	0.1	0.1	0.0	0.0
Tschechische Rep.	5.6	4.2	4.8	1.2	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Rumänien	7.2	5.0	10.1	10.7	12.0	16.9	7.5	8.6	19.6
Russland	8.4	21.0	17.4	16.5	12.4	9.6	8.1	11.3	11.0
Slowakische Rep.	6.0	1.4	1.0	5.1	5.2	2.8	0.0	0.1	0.7
Slowenien	1.3	0.9	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Tadschikistan	0.0	0.0	5.3	1.9	1.5	5.5	9.4	6.5	17.2
Turkmenistan									1.1
Ukraine	0.3	3.6	12.3	9.6	8.0	14.2	2.8	6.0	6.6
Jugoslawien (BR) ^b	0.0	0.0	0.0	0.0	3.4	34.0	39.6	17.8	10.0
<i>Regional</i>	18.0	30.4	20.1	30.3	48.6	33.8	42.3	40.3	45.0
Total	115.7	143.3	131.1	136.8	161.4	196.6	190.7	189.0	198.5

^a Die Region Kosovo ist völkerrechtlich eine Provinz von Serbien und Montenegro. Sie wurde 1999 unter das UN-Mandat gestellt und von der Kontrolle durch die BR Jugoslawien befreit.

^b Im Februar 2003 wurde die Bundesrepublik Jugoslawien in „Serbien und Montenegro“ umbenannt.

Quelle: DEZA/seco.

QUELLEN

Bundesrat, *Botschaft über die Weiterführung der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS*, vom 31. März 2004 (BBl 2004 1843), Nr. 04.020.

Bundesrat, *Botschaft zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas*, vom 31. März 2004, (BBl 2004 1953), Nr. 04.021.

Neue Zürcher Zeitung, 4. Juli 2004, „Die Schweiz tut sich schwer mit der versprochenen Milliarde an die EU“.

Neue Zürcher Zeitung, 23. Juli 2004, „EU-Kohäsion auch eine Sache der Wirtschaft – Ein Vorschlag zur Finanzierung der Beiträge der Schweiz“.

SAH, Medienmitteilung vom 17. Juni 2004, „Ostkredit: Weniger Geld, aber keine Aushöhlung der Aufbauhilfe“.

INTERNET-ADRESSEN

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA): <www.deza.admin.ch>.

Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), Seite „wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit“: <www.seco-cooperation.ch>.

Schweizerisches Parlament: <www.parlamentsdienste.ch>.